



Laura Feldner

Kündigungsschutz für Whistleblower im Wandel

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht, Band 378

370 Seiten, 2023

ISBN 978-3-428-18853-6, € 109,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428188536

Das Phänomen Whistleblowing ist seit den Enthüllungen Snowdens (2013) verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit, Politik und Rechtswissenschaft gerückt. Whistleblower erfahren bis heute wegen der Aufdeckung von Missständen Repressalien wie die Kündigung ihres Arbeitsplatzes. Die 2019 in Kraft getretene Whistleblower-Richtlinie der EU soll einen europaweit einheitlichen und hohen Schutz für Whistleblower etablieren. Im deutschen Recht fehlte bislang ein umfassender gesetzlicher Schutz. Die vorliegende Arbeit untersucht, ob und wie sich dies durch die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht ändert: Unter Beachtung der völkerrechtlichen Einbettung des Themas erfolgt eine Analyse des bisherigen Status quo des Kündigungsschutzes für Whistleblower in Deutschland sowie der neuen europäischen Schutzvorgaben. Es werden die Umsetzungsaufgaben für den deutschen Gesetzgeber sowie – aus aktuellem Anlass – der Gesetzesentwurf für ein Hinweisgeberschutzgesetz, Stand: Februar 2023, erörtert.

Inhalt

1. Einleitung, Gegenstand und Aufbau der Untersuchung

2. Das Phänomen Whistleblowing

Begriffsbestimmung — Sozioökonomischer Nutzen — Förderung der Meldebereitschaft

3. Rechtsquellen des Kündigungsschutzes für Whistleblower

Nationales Recht — Unionsrecht

4. Status quo des Kündigungsschutzes für Whistleblower in Deutschland

Vorüberlegungen — Zulässigkeit des Whistleblowings (»erste Prüfungsebene«) — Gesamtabwägung (»zweite Prüfungsebene«) — Prozessualer Status quo — Zwischenergebnis

5. Whistleblower-Richtlinie – Einfluss und Auswirkung

Kündigungsschutz für Whistleblower im Lichte der Whistleblower-Richtlinie — Umsetzungsaufgaben für den deutschen Gesetzgeber

6. Fazit und Ausblick

Annex

Literatur- und Stichwortverzeichnis